Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 482. Abendblatt. Dienstag, den 15. Oktober. 1867.

Deutschland.

× **Berlin,** 14. Oktober. Ueberall ist der imponirende Eindruck empfunden worden, welchen die prompte Durchführung der Bundes-Armee-Organisation hervorzurufen geeignet ist; denn überall stand sie am 1. Oktober fertig da, ein Beweis der organisatorischen Kraft, welche in der preußischen Institution liegt. — Da die Post- und Telegraphen-Verwaltung, welche bisher zum Ressort des Handelsministeriums gehörten, fortan dem Minister-Präsidenten unterstellt werden sollen, verabschiedete gestern Graf Itzenplitz das betreff. Personal, welches sich, die Herren General-Post-Direktor Philippsborn und Ministerial-Direktor Chauvin an der Spitze, bei ihm versammelt hatte, mit einer Ansprache, in welchen er mit bewegtem Tone und in herzlichen Ausdrücken hervorhob, wie lieb und werth ihm das Verhältniß zu ihnen geworden und wie schmerzlich ihm daher die jetzige Trennung sei. Graf Bismarck wird noch im Laufe dieser Woche die Direktoren und Räthe der bez. Verwaltungen bei sich empfangen. — Die Post-Konferenz, welche Preußen jetzt berufen hat, wird morgen eröffnet werden und soll sich mit Herabsetzung des Porto, wie solche dem Bundesrath vorgeschlagen worden ist, beschäftigen. — Die „Südd. Z." veröffentlicht den zwischen Preußen und König Georg abgeschlossenen Vertrag, soweit die Bestimmungen desselben sich ihr zu Argumentationen im extrem welfischen Sinne anbequemen. Es ist indeß jedenfalls anzunehmen, daß sie nicht alle Bestimmungen publizirt und was ihre Deduktionen betrifft, so läßt sich doch nicht wegdeuteln, daß König Georg die thatsächlichen Verhältnisse anerkennt, da er auf Grund derselben Rechtsverhältnisse eintreten läßt; daß man dagegen dem welfischen Bewußtsein mit großer Courtoisie entgegen gekommen ist, ändert in der Sache durchaus nichts. — Der hiesige Magistrat hat, um die Vorarbeiten zu den Wahlen zu vollenden, große Schwierigkeiten zu überwinden, besonders da für das Auslegen der Liste, diesmal ein Zeitraum von 6 Tagen, statt der früher verlangten 24 Stunden angeordnet ist. Nur um das Schreibwerk zu bewältigen, haben 136 Schreiber angestellt werden müssen. Die Zahl der Urwähler rechnet man auf 124,000. — Von Seiten der bergisch-märkischen Eisenbahn ist, nachdem ihre Verbindung mit der hessischen Nordbahn erfolgt ist, die Summe von 350,000 Thlr. der Victoria-Invaliden-Stiftung als Geschenk überwiesen, die Hälfte desjenigen Kapitals, welches zwischen beiden Verwaltungen lange Zeit streitig war und wovon, nach dessen Rückerstattung an die Nordbahn 350,000 Thlr. zur Abzahlung resp. Tilgung der schwebenden Schuld verwandt worden ist.

Berlin, 15. Oktober. Am Montag fand im Ministerium des Innern eine Konferenz statt, an welcher auch der Finanz-Minister und Kommissarien des Kriegsministeriums Theil nahmen.

— Ueber die Verhältnisse der ehemaligen deutschen Bundesfestungen liegt dem Vernehmen nach eine sehr bestimmte Erklärung der Regierung Preußens vor. Ein Wiener Korrespondent der „B. u. H.-Ztg." schreibt darüber: „Wo diese Erklärung abgegeben worden, darüber habe ich nur Vermuthungen und ich kann dieselben, als ohnehin für die Sache selbst nicht von Einfluß, füglich auf sich beruhen lassen; daß sie aber abgegeben worden, wird positiv versichert. Sie würde im Wesentlichen besagen, daß für den Kriegsfall das unbeschränkte Dispositionsrecht des Königs von Preußen, als des durch die Bündnißverträge auch für den Süden anerkannten obersten Befehlshabers, über die Besatzung aller Festungen, ob früher Bundesfestungen oder nicht, keinem Zweifel unterliegen könne, daß dagegen im Frieden Preußen freilich aus der früheren Bundeseigenschaft einer Festung kein Besatzungsrecht ableite, sondern dasselbe blos durch besondere Verträge mit dem betreffenden Territorialherrn begründet erachte. Daß es aber das Recht in Anspruch nehmen müsse, nach seinem freien Ermessen solche Verträge abzuschließen und nach Maßgabe derselben über die resp. Festungen zu verfügen."

— Die „Engl. Korr." berichtet aus London: Die für die preußische Regierung hier im Bau begriffene Fregatte Wilhelm I. macht schnelle Fortschritte. Vergleiche, die man hier zwischen dem preußischen Schiffe und dem „Captain", einem in letzter Zeit für die englische Kriegsmarine bestellten Panzerfahrzeuge angestellt, fallen entschieden zum Vortheile des ersteren aus. Während der „Wilhelm" eine 9 Zoll starke Panzerung besitzt, beträgt die Eisenstärke des sonst im Ganzen gleich großen „Captain" 7 Zoll, so daß die Widerstandskraft der Fahrzeuge, die sich bekanntlich in gleichem Verhältniß zu einander befindet, wie die Quadrate der Eisenstärke, die Proportion 63 : 49 aufweist. Dabei ist zu bemerken, daß die Platten des „Wilhelm" bis 7 Fuß unter die Wasserlinie hinuntergehen, während das andere Schiff bei zwei Fuß weniger nach Verbrauch von ziemlich dem ganzen Vorrath an Kohlen und Provisionen kaum bis unter die Wasserlinie gedeckt ist. Auch in Betreff der Artillerie neigt sich der Vortheil der preußischen Fregatte zu, wenn auch die Geschütze des „Captain" 600pfündige Geschosse schleudern, wogegen die schwersten preußischen nur 500pfünder sind. Sie sind nämlich zahlreicher, geben eine volle Feuerwirkung und bestreichen jeden Punkt im Umkreise des Schiffes. Das einzige Schiff der englischen Marine, das dem Wilhelm I." an Panzerstärke gleichkommt und ihn vielleicht übertrifft, ist der „Herkules", der auf der anderen Seite aber lange nicht so formidable Angriffswaffen trägt.

— Das Ministertum der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, früher eine Sektion vom Departement des Innern, begeht am 3. Nov. c. sein 50jähriges Stiftungsfest.

— Bei der heute anstehenden definitiven Präsidentenwahl im Reichstage werden die bisherigen Präsidenten mit sehr großer Majorität wiedergewählt werden.

— Dem Vernehmen nach findet in den nächsten Tagen die feierliche Einweihung des auf dem Schlachtfelde von Königsgrätz errichteten Monuments zur Erinnerung an die daselbst Gefallenen statt. Der General-Lieutenant und Kommandeur der ersten Garde-Infanterie-Division, v. Alvensleben, und mehrere andere Offiziere der hiesigen Garnison haben sich zu diesem Behuf nach Königgrätz begeben.

— Aus sicherer Quelle erfährt die „Post", daß neuerdings eine Anzahl von Kapitalisten von hier und auswärts zusammentreten und eine Gesellschaft bilden wird, welche den Zweck hat, die inländischen Erfindungen, welche bisher vom Auslande verwerthet und ausgebeutet wurden, im Vaterlande zu gebührender Geltung zu bringen und dadurch den Geist zu fernerem Forschen anzuregen, ferner die inländischen Erzeugnisse der Industrie durch den Export besser als bisher zu verwerthen.

— Den Regierungen ist durch den Minister des Innern das Reglement zugegangen, welches die russische Staatsregierung hinsichtlich der Ertheilung von Pässen an Ausländer, welche über die europäische Grenze nach Rußland kommen und dort ihren Aufenthalt nehmen, kürzlich erlassen hat. Als Grundsatz ist an die Spitze gestellt, daß Ausländern der Eintritt in Rußland frei steht, sowohl mit Pässen nach dem russischen Paßreglement, als auch mit Nationalpässen und Wanderbüchern, die von russischen Gesandtschaften und Konsulaten visirt sind, auch die nicht ausgenommen, welche die Ausstellung eines besonderen Legitimationsscheines zur Folge gehabt. „Ausländischen Israeliten", besonders den Kommissionären bedeutender auswärtiger Handelshäuser ist es erlaubt, die bekannten Manufaktur- und Handelsplätze Rußlands zu besuchen, und eine gewisse, genauer zu bestimmende Zeit dort zu bleiben. Dem Ministerium des Innern steht das Recht zu, über die Eingaben besagter Israeliten endgültig zu entscheiden, „jedoch den Banquiers und den Chefs bekannter, bedeutender Handelshäuser können die Gesandtschaften und Konsulate, auch ohne vorläufige Entscheidung des Ministeriums des Innern, nach den allgemeinen Bestimmungen, hinsichtlich der nach Rußland kommenden Ausländer, Pässe zur Reise nach Rußlaud ausstellen und visiren, aber mit der Bedingung, daß jede Ausfertigung und Visirung von Pässen für solche Israeliten zur Kenntniß des Ministeriums des Innern und der III. Abtheilung der eigenen Kanzlei des Kaisers gebracht werde". Jeder mit einem „gesetzlichen Passe" nach Rußland gekommene Ausländer muß sich in der ersten Gouvervementsstadt, oder in der Hafenstadt, oder am letzten Zielpunkte der Post-, beziehentlich Eisenbahnroute bei der Behörde melden, von welcher er, nach Vorzeigung seines Passes, an Stelle desselben einen Paß zum Aufenthalt und Reisen innerhalb des Reiches erhält. Ausländern, die mit den von russischen Gesandtschaften oder Konsulaten visirten Pässen (oder Wanderbüchern) ihrer Regierungen ankommen, werden die „Nationalpässe" (oder Wanderbücher) nicht abgenommen, sondern ein Legitimationsschein ertheilt. Die russischen Pässe zum Aufenthalt und zum Reisen gelten nur auf ein Jahr und müssen alljährlich erneuert werden. Ausländische Israeliten, welche nach Orten reisen, wo Israeliten im Allgemeinen feste Wohnsitze haben, erhalten Pässe mit der Bezeichnung, daß dieselben nur für die zum beständigen Aufenthalte von Israeliten bestimmten Orte Gültigkeit haben. Außerdem sind noch alle möglichen Kautelen getroffen und den Reisenden vielerlei Belästigungen aufgebürdet. — Der Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte ist für die drei Jahre vom 1. September 1867 bis 1870 wie folgt zusammengesetzt: Präsident: der erste Präsident des Ober-Tribunals, Staatsminister a. D. Uhden. Mitglieder: der General-Auditeur Fleck, der Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath und vortragende Rath im Finanzministerium von Koenen, Ober-Tribunalsrath Dr. Frhr. v. Seckendorff, Ober-Tribunalsrath Woltemas, Ober-Tribunalsrath Dr. Kuhne, Geh. Ober-Regierungsrath und vortragendrr Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Schede, Geheimer Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Graf v. Schlieffen, Ober-Tribunalsrath v. Vangero, Geheimer Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium des Innern, Ribbeck, und Geheimer Justizrath und vortragender Rath im Justiz-Ministerium Krüger.

Berlin, 14. Oktober. (Norddeutscher Reichstag.) 19. Sitzung. (Schluß.) Abg. Lasker: Im Ganzen sei der Vorredner mit ihm einverstanden. Er sei jedoch nicht der Meinung, daß die Freiheit der Koalition die Hervorrufung des gesellschaftlichen Krieges sei. Nach dem vorliegenden Gesetze sei für Arbeiter und Arbeitgeber ein Schutz gegeben und dadurch werde dem Kriege vorgebeugt. Es sei ein schlimmes Zeichen der Zeit, daß man verlange, dem Arbeiter Staatshülfe zu gewähren, ohne daß dafür eine Gegenleistung gegeben werde. Das sei ein Geschenk. Es würde gesagt, man möchte dem Arbeiter das allgemeine Wahlrecht gewähren, weil für ihn die allgemeine Kriegsdienstpflicht bestehe. Wahlrecht und Wehrpflicht seien aber korreal. Jetzt habe der Arbeiter nicht dieselbe Freiheit wie der Arbeitgeber, in Bezug darauf, die Höhe des Lohnes zu bestimmen. Zweitens müsse die Wahl des Arbeitsgebers und Arbeitsnehmers freigegeben werden, und drittens dürfe der Vertragsbruch nicht anders bestraft werden, als es die Natur der Dinge zulasse. Wegen dieser drei Prinzipien habe er Sympathie für den Antrag. (Se. Königl. Hoh. der Kronprinz ist in die Königliche Loge eingetreten.) An Stelle der strafrechtlichen Bestimmungen sei zu setzen: „Straf-Bestimmungen". — Abg. Grumbrecht (gegen den Entwurf): Im Allgemeinen stehe er auf dem Lasker'schen Standpunkte. Es seien einige nicht ganz unwahre Sätze in der Rede des Abg. Wagner. Die Verbote der Koalition halte er für unzweckmäßig. Er müsse sich gegen den Gesetz-Entwurf erklären, da dadurch das Recht des Stärkeren zur Geltung gebracht würde. Ein solches Gesetz sei eine sehr bedenkliche Sache; es gehe gegen die Arbeitnehmer. Er halte es für nothwendig, den Gesetz-Entwurf nicht auf fremde Materien auszudehnen und Gesinde und Seeleute auszuschließen. Während die Ausschließung der Seeleute selbstverständlich sei, gebe er bei dem Gesinde zu bedenken, daß sich deren Löhne nach lokalen Verhältnissen richteten, daß dasselbe theils aus sehr jungen Personen bestehe, die Lokalbehörde nur in Sachen des Gesindes maßgebend entscheiden könne und daß das Gesetz die Dienstboten auch nicht genügend schütze. Wenn auch das Gesetz im Allgemeinen noch mangelhaft bleibe ungeachtet seiner Verbesserungs-Anträge, so stimme er doch für dasselbe. — Der Abg Devens kann sich nicht dem Antrag seiner politischen Freunde Stumm und Genossen anschließen und wird, im Großen und Ganzen die Grundsätze der Vorlage anerkennend, für die Verbesserungs-Anträge Lasker und Grumbrecht stimmen.

Der Abg. Stumm entwickelt gegen das Gesetz mehrfache formelle und materielle Bedenken. Das Gesetz könne nicht auf die ländliche Bevölkerung und das Gesinde ausgedehnt werden, die Durchführung des Gesetzes sei ohne Reform der Gewerbegesetzgebung nicht möglich, die einzelnen Paragraphen unterliegen verschiedener Auffassung, viele Bestimmungen, die dem Arbeiter Abhülfe schaffen sollten, würden das Gegentheil bewirken. Die gestellten Amendements Lasker, Grumbrecht, Baer und Reichensperger erkenne er als verbessernde an, sie könnten jedoch seine formellen Bedenken nicht beseitigen. Wohl könne er sich jedoch für den Antrag v. Diest und Brauchitsch als Unter-Amendement zum seinigen entscheiden. — Abg. Dr. Waldeck: Es sei eine oft beobachtete Erscheinung, daß man die allgemeinen Grundsätze anerkennen wolle, ohne sie zur Geltung zu bringen und sie gesetzlich gewährleisten zu wollen. So sei es vom Vorredner geschehen, der sich nicht allein mit seinem Antrage begnüge, sonderu auch noch den der Heeren v. Diest und Genossen annehmen könne. Die Bedenken des Abg. Grumbrecht sind nicht mehr an der Stelle. Auch wird die Anfhebung dieser Beschränkung nicht zum ersten Male beantragt, dasselbe geschah bereits im Februar 1865 und die Annahme des Antrages scheiterte damals nur an einem Zufall bei der Abstimmung. Der Vorschlag des Abg. Wagner, das Gesetz dem Herrn Bundeskanzler zu empfehlen, möchte gerade am Wenigsten dem Zwecke des Antrages entsprechen. Es ist sogar die Kompetenz des Hauses über dieen Antrag bestritten; wenn wir aber kompetent waren, über die Zinsbeschränkung zu beschließen, so sind wir es ganz gewiß auch in die Gewerbeordnung einzugreifen. Vom wirthschaftlichen Standpunkte aus ist die Aufhebung der Koalitionsbeschränkung, wie die der Schuldhaft ein ganz nothwendiges Korrelat zu der dem Kapital durch die Aufhebung der Zinsbeschränkung gegebenen Freiheit. Ich bitte Sie daher, den Antrag anzunehmen, und zwar so, wie er gestellt ist.

Abg. Redecker spricht gegen den Antrag, weil darin das Gesinde und die ländlichen Arbeiter mit aufgenommen seien; die Verhältnisse der Landwirthschaft seien gesund und man dürfe nicht kuriren wollen, wo keine Krankheit sei — Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück: Persönlich bin ich der Ueberzeugung, daß die Koalitionsbeschränkungen aufzuheben sind, dennoch bin ich auch der Ueberzeugung, daß der vorliegende Gegenstand für die Bundesgesetzgebung noch nicht reif ist (rechts Bravo!) und zwar deshalb, weil der vorliegende Entwurf ganz nothwendig und konsequenterweise auf das Gebiet der Gewerbegesetzgebung eingreift. Es ist kein Zweifel, die Aufhebung der Koalitionsbeschränkung ist unzulässig, wenn nicht tiefe Einschnitte in die Gewerbeordnung gemacht werden. Um nun dennoch die Aufhebung zu erlangen, giebt es zwei Wege: ich glaube zu wissen, daß es Absicht der preußischen Regierung ist, dem nächsten Landtage eine neue Gewerbe-Ordnung vorzulegen, aus welcher die Koalitionsbeschränkungen verschwunden sein werden. Ein anderer Weg ist der, daß der Gegenstand auf die Bundesgesetzgebung verwiesen wird, aber alsdann entweder in Verbindung mit einer allgemeinen Gewerbeordnung für Norddeutschland, oder nach einer gründlichen Erwägung der Rückwirkung das allgemeinen Grundsatzes auf die Partikulargesetzgebung. — Abg. Dr. Löwe (Calbe): Ich finde bei dem Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes die Ansicht, als ob wir etwas Definitives schaffen, dies ist nicht der Fall, wir wollen nichts schaffen und begründen, sondern nur Hindernisse beseitigen. Was der Herr Präsident des Bundeskanzleramtes hier angeführt, freut mich, denn er stellt nun ein Gewerbegesetz mit voller Gewerbefreiheit in Aussicht. Nun und hierzu bietet der Bundesregierung unser Antrag ein reiches Material. Wir können deshalb unsern Antrag nicht fallen lassen, und wenn der Hr. Präsident des Bundeskanzleramtes uns sagt, daß dies Gesetz sehr wenig Aussicht hat, im Bundesrathe angenommen zu werden, so müssen wir das abwarten und uns darin fügen. Die Aufhebung der Koalitionsbeschränkung wird ein wesentlicher Hebel auf dem gesammten Gebiet der Industrie, aber kein bellum omnium contra omnes sein. Schulze hat es bewiesen, daß die Möglichkeit da ist, durch das Genossenschaftswesen Neues und Gutes auf industriellem Gebiet zu schaffen. Wo das Koalitionsrecht eingeführt wird, heißt es, sei das Handwerk verschwunden, ja es ist aber deshalb verschwunden, weil man es nicht verstanden hat, dem Handwerk durch das Genossenschaftswesen Kapital zuzuführen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen, des Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) gegen den Abg. Wagener: Er habe Proudhon mit seinen eigenen und nicht mit fremden Augen gelesen; Wiesbaden sei zwar keine große Stadt, aber dennoch könne es sich noch messen mit Dummerwitz. (Lebhaftes Bravo links, Zischen rechts.) — Abg. Wagener (Neustettin): Auf solche persönliche Bemerkung verzichte er, etwas zu erwidern. (Bravo rechts.) — Es erhält nunmehr das Wort als Antragsteller der Abg. Schulze (Berlin), der seinen Antrag als durch die materiellen Verhältnisse aller Betheiligten der Industrie geboten befürwortet. 1865 als er seinen Antrag im Abgeordnetenhause zuerst einbrachte, kam gleichfalls ein Vertagungsantrag, ebenso 1866, und jetzt wiederhole sich dasselbe Schauspiel. Herr Wagener habe in seiner Rede bekannte Dinge mit einer Miene ausgesprochen, als spräche er sie zum ersten Male aus; er habe den Vertagungsantrag in eine Partie allgemeiner Redensarten eingewickelt, um ihn doch einigermaßen genießbar zu machen. Redner verweist sodann auf die Entwickelung der Genossenschaften und deren Ergebnisse in dem Verwaltungsjahre, kritisirt sodann die Wagnerschen Ansichten aus einer von dem Abg. Wagener (Neustettin) verfaßten Broschüre und hebt sodann die Lebensfähigkeit der Genossenschaften hervor. Hat sich eine solche Institution lebensfähig erwiesen, dann muß man ihr auch Konzessionen machen. Unsere Arbeiter fassen die sociale Frage nicht so auf, wie Herr Abg. Wagner. Was nun meine Aeußerung, welche Herr Wagener citirte, anbetrifft, aus der Herr Wagener und ihm verwandte Blätter Kapital gemacht, so habe ich sie gerade im entgegengesetzten Sinae gemacht, als Herr Wagener hier Ihnen vorgeführt. Die sociale Frage ist allerdings die Sphynx, aber die Lösung kann nur durch die volle Humanität geschehen. — Abg. Wagener (Neustettin): Der Vorredner hat in seiner Rede etwas citirt, was er als mein Programm bezeichnet, weil ich es nicht ausdrücklich desavouirt. Ich kann doch ein Kind, das ich nicht kenne nnd das nicht auf meinen Namen getauft ist, nicht desavouiren. — Abg. Schulze (Berlin): Das Programm, welches ich verlesen, ist einem stenographischen Bericht über Verhandlungen des preußischen Volksvereins entnommen, das 1855 erschienen und bisher vom Herrn Wagener nicht desavouirt ist. — Abg. Wagener: Dieser Bericht ist mir gar nicht bekannt, es könnte vielleicht eine Broschüre sein, die der verstorbene Baron v. Hertefeld herausgegeben hat, zu der ich aber in gar keiner Beziehung gestanden habe, deshalb auch gar keine Vaterschaft übernehmen kann. — Die Diskussion ist geschlossen, das Haus schreitet zur Abstimmung über die beiden Anträge der Abgg. v. Diest und Stumm auf motivirte Tagesordnung, welche mit geringer Majorität abgelehnt werden. Es folgt die Spezial-Debatte über den Antrag des Abg. Schulze (Berlin).

Zu §. 1 des Gesetz-Entwurfs nimmt das Wort der Abgeordnete Dr. v. Schweitzer. Derselbe entwickelt seine demokratisch-sozialistischen Prinzipien. Die Arbeitseinstellungen waren nichts Gemachtes, sondern natürliche Folge gesellschaftlicher Antagonismen. Sie waren nach Lage der Dinge Nothwendigkeit, und darum ist die Beibehaltung der Koalitionsbeschränkung ein gesetzliches Unding. Die Aufhebung derselben mindert die drohenden Gefahren. Arbeit ist Waare, deren möglichst gute Verwerthung Allen frei stehen muß. (Da Redner über Art. 2 hinausgreift, so unterbricht ihn der Präsident). Diese Unterbrechung wird wahrscheinlich der Majorität gelegen kommen. (Oho!) — Ja, meine Herren, ich hätte Ihnen Dinge gesagt, die Ihnen lieb gewesen wären! (Heiterkeit.) Es ist wenig, was heut von Ihnen verlangt wird, indem Sie das vorliegende Gesetz

machen sollen. Ich bitte, es mit großer Majorität zu genehmigen. Abg. **Keller** spricht aus formellen Gründen gegen Paragraph 1 und befürwortet die Annahme seiner Resolution. Der Schluß der Diskussion über §. 1 wird angenommen. Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über § 1 eingegangen. — Abg. **Schulze** (Berlin) befürwortet den §. 1 seines Antrages und erklärt sich gegen die Amendements. Dann schreitet das Haus zur Abstimmung. Bei derselben wird der Antrag Baehr zurückgezogen, der Antrag Grumbrecht und der Antrag Lasker angenommen. Der so modifizirte Antrag wird in einer namentlichen Abstimmung mit 136 gegen 70 Stimmen angenommen. Zur Diskussion über §. 2 nimmt das Wort der Abg. v. **Zehmen**: Der §. 2 richte sich eigentlich gegen die Arbeiter. Werde er angenommen, so müsse auch durch einen anderen Paragraphen den Arbeitern wieder ein Schutz gewährt werden, namentlich gegen das Truck-System. Es sei durchaus nicht rathsam, durch ein derartiges Gesetz einen Gegenstand aus der Materie herauszureißen, der eigentlich in die Gewerbegesetzgebung gehöre. Nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. Lasker und v. Vincke (Olbendorf), die jedoch wegen der Unruhe im Hause auf der Journalisten-Tribüne unverständlich bleiben, wird die Diskussion geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Löwe (Calbe) und Dr. Becker (Dortmund) wird der §. 2 mit dem Lasker'schen Amendement angenommen, ebenso der §. 3, dessen Ablehnung von dem Abg. v. Bernuth beantragt wird, während Dr. Becker (Dortmund) ihn vertheidigt. Ueberschrift und Einleitung des Gesetzes werden gleichfalls angenommen und dann das ganze Gesetz zur Zusammenstellung behufs der zweiten Lesung dem Bureau übergeben. Die Resolution des Abg. Keller wird abgelehnt. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf morgen 12 Uhr an und setzt auf die Tages-Ordnung: Präsidentenwahl, Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die Nationalität der Kauffahrteischiffe, Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf, betrrffend die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen und Wahlprüfungen. Der Präsident ernennt ferner an Stelle des Abg. Dr. Camphausen (Kreuznach), welcher wegen Familienangelegenheiten an der Uebernahme eines Referates behindert ist, zum Korreferenten für die Militärverträge den Abg. Stavenhagen (Halle) und schließt dann die Sitzung um 4 Uhr 10 Minuten.

Kiel, 12. Oktober. Das Schiff „Augusta", Kommandant Korvetten-Kapitän Kinderling, lief gestern Abend von Danzig kommend hier ein und ging dem Marinedepot gegenüber vor Anker. Das Panzerboot „Arminius" ging heute morgen nach Friedrichsort, um dort, unter Leitung des Stationschefs Bothwell und des Marinedepots-Direktors Kapitän Klatt, Schießübungen mit den neuen 75pfündigen Kanonen abzuhalten.

Hamburg, 14. Oktober. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft, welche wegen der unzureichenden Anzahl der Mitglieder beschlußunfähig blieb, erklärte der Vorsitzende Kuhnhardt, daß er das Präsidium niederlege. Nach Schluß der Sitzung wurde eine Adresse entworfen, welche den bisherigen Präsidenten um Zurücknahme seines Entschlusses ersucht; die Adresse fand zahlreiche Unterschriften.

München, 11. Oktober. Der offiziöse Korrespondent der „A. Ztg." schreibt: Die Nachricht, daß die Verlobung des Königs mit der Herzogin Sophie in Baiern rückgängig geworden sei, bin ich in der Lage auch meinerseits zu bestätigen. Es ist dies im gegenseitigen Einverständniß geschehen, nachdem man zu der Ueberzeugung gekommen zu sein scheint, daß nicht jene wahre Neigung und jener volle Einklang der Herzen bestehe, welche allein die Gewähr für das Glück einer ehelichen Verbindung bieten. Der König hat darum nicht minder Befehl gegeben, daß die für seine Vermählung beabsichtigt gewesene Ausstattung von je einem Brautpaar aus jedem der acht Kreise Baierns auf Kosten der Königl. Kabinetskasse zur Ausführung kommen solle.

München, 14. Oktober. Der König hat die Adresse des baierischen Episkopats in der Schulfrage dem Minister des Innern zur ressortmäßigen Würdigung überwiesen.

Ausland.

Wien, 14. Oktober. Der Kaiser hat heute die Deputation des Gemeinderathes, welche die von letzterem in Erwiderung auf die Adresse der Bischöfe beschlossene Adresse überreichte, auf das Gnädigste empfangen. Der Kaiser erklärte, er werde die Adresse des Gemeinderathes dem Ministerium zugehen lassen, und sprach die Zuversicht aus, daß der Gemeinderath, dessen thätige Bestrebungen für die Hebung und Förderung des Volksschulwesens der Kaiser gern anerkenne, weit entfernt sei, den Einfluß der Religion auf die Volksschule und die Bildung des Lehrerstandes irgendwie schmälern zu wollen. Die Gemeindevertretung theile gewiß mit dem Kaiser die Ueberzeugung, daß die Religion die unerläßlichste Unterlage aller wahren, sittlichen Volkserziehung bilden müsse.

Wien, 14. Oktober. Die „Wiener Korrespondenz" schreibt: Die Abreise des Kaisers nach Paris erfolgt am 21. d. Mts. In Nancy übernachtet der Kaiser und trifft am 22. Nachmittags in Paris ein. Die mehrfach gemeldete Nachricht, der Reichskanzler werde sich nach London begeben, ist in dieser Fassung unbegründet. Es war nämlich nur vorübergehend davon die Rede, daß der Kaiser möglicherweise die Anwesenheit in Paris zu einem Besuche der Königin Victoria in London benutzen dürfte. Sollte der Kaiser auf diese Intention zurückkommen, so würde Freiherr v. Beust den Kaiser begleiten.

Paris, 14. Oktober. (Post.) Die Leichenfeier für Achille Fould war vom schönsten Wetter begünstigt, alle Minister, Marschälle, hohen Beamten und das diplomatische Korps wohnten derselben bei. Die Depeschen aus Rom konstatiren, daß in der Stadt Ruhe herrscht. Seit 24 Stunden haben keine Gefechte stattgefunden, dagegen verstärken sich die Freiwilligenschaaren fortwährend; sie finden angeblich wenig Sympathie bei der Bevölkerung. Italien ist vom Tuilerienkabinet nicht das Recht zugestanden worden, im Kirchenstaate zu interveniren. Wenn die italienischen Truppen in das Patrimonium Petri einrücken, wird eine französische Division sich sofort in Toulon einschiffen, bereit ist sie.

Florenz, 14. Oktober. Die Vorposten des von Menotti Garibaldi geführten Korps stehen vor Nevola. Es geht das Gerücht, mehrere mit den Waffen in der Hand gefangen genommene Insurgenten, darunter auch Graf Pagliacci, seien in Rom füsilirt worden.

Konstantinopel, 12. Oktober. (Priv.-Dep. der Berl. Börs.-Ztg.) Der Groß-Vezir ist in Kreta am 4. Oktober eingetroffen. Er proklamirte eine Amnestie und forderte die verschiedenen Distrikte der Insel auf, je 4 Deputirte nach Kanea zu senden, um mit ihm zu konferiren. — Die Insurgenten haben offiziell gegen die Amnestie protestirt und bestehen auf ihrer Forderung einer internationalen Untersuchungs-Kommission und Abstimmung mit allgemeinem Stimmrecht.

Rumänien. Bratiano befindet sich zur Zeit in Paris, wo er viel mit dem Prinzen Napoleon verkehrt. Uebrigens haben die Juden-Maßregelungen noch immer nicht aufgehört. Eine an Herrn Cremieux in Paris gelangte Depesche aus Orsova meldet, daß dort auf mündlichen Befehl des Unter-Präfekten wieder 30 israelitische Familien aus einem Dorfe vertrieben worden, weil sie nicht heimathsberechtigt seien.

Pommern.

Stettin, 15. Oktober. Am 29. und 30. d. Mts. werden die im Bereiche der 3. Division als Ersatz für die Garde ausgehobenen Mannschaften hier eintreffen. Die für das dritte, jetzt in Hannover garnisonirende Garde-Regiment bestimmten Leute, gehen am 1. November dahin ab. Bei den hiesigen Linientruppen findet die Einstellung der Rekruten in den Tagen vom 1. bis 5. November statt.

— Das bereits kürzlich von uns erwähnte Frauenzimmer, welches auf Grund einer mit der gefälschten Unterschrift des Rechnungs-Rathes Hehlen versehenen Bittschrift viele hiesige Einwohner brandschatzt, setzt ihre Schwindeleien noch immer fort. Erst in diesen Tagen hat sie, die bei ihren Betteleien eine höchst klägliche Physiognomie anzunehmen weiß, wiederum verschiedene kleinere Geldbeträge erschwindelt.

— Den angestrengten Bemühungen des Herrn Polizei-Kommissarius **Buntrock** ist es gelungen, nicht nur sämmtliche in der Nacht zum 1. August d. J. aus der Sommerwohnung des Kaufmanns Weinreich in Misdroy mittelst Einbruchs gestohlenen, sondern auch noch eine bedeutende Anzahl der verschiedensten, von anderen Diebstählen herrührender bisher nicht rekognoscirter Gegenstände — darunter Bett- und Leibwäsche, größtentheils F. T. gezeichnet und numerirt, 7 Reck Leinwand, eine silberne Zuckerdose im Werthe von über zwanzig Thalern, eine Quantität Kaffee, Reis rc. — in den auf Grünhof belegenen Wohnungen der Arbeiterfrau **Straßburg**, gebornen Thomalewsky, und der Schneiderfrau **Scheer**, geb. Straßburg, aufzufinden und mit Beschlag zu belegen. Der Frau W. sind sämmtliche ihr gestohlenen Gegenstände bereits zurückgegeben. Die Leinewand soll von einem Diebstahle bei einem Lehrer in der Umgegend Stettins herrühren. Die Straßburg und Scheer sind sofort als Hehlerinnen verhaftet und heute Mittag nach Cammin transportirt, wo ihnen der Prozeß gemacht werden wird. Auch der muthmaßlichen Diebe hofft man bald habhaft zu werden.

— Der Oberst-Lieutenant und Kommandeur des pommerschen Jäger-Bataillons No. 2 v. Garretts ist behufs Prüfung von Gewehrmodellen neuerer Konstruktion von Greifswald nach Spandau kommandirt worden.

— Wie der „Od.-Z." aus dem ersten Stettiner Wahlkreise gemeldet wird, sollen die Herren Redakteur Otto **Michaelis** und Konsul **Müller** die Annahme eines Mandats für das neu zusammentretende **Abgeordnetenhaus** bestimmt abgelehnt haben. Es wird deshalb (von den Vertrauensmännern der demokratischen und national-liberalen Partei) beabsichtigt, in erster Linie an den bisherigen Abgeordneten Grafen **Schwerin** festzuhalten. Von den neu in Vorschlag gebrachten Kandidaten: Herrn v. **Corswandt-Crummin**, Oberlehrer Th. **Schmidt**, Kreisgerichtsrath v. **Mittelstädt** und Redakteur Dr. Otto **Wolff** hier, will man vorzugsweise die beiden letzteren in Aussicht nehmen und sollen sie eingeladen werden, sich den Wählern vorzustellen.

— Auf die **Bredower** Zuckerfabrik (Kommanditgesellschaft auf Aktien) wurde, wie die „Ostſ.-Z." berichtet, vor ca. 14 Tagen von der Königlichen Steuerbehörde ein Arrestschlag für die Forderung eines Steuerbetrages von 62,000 Thlr. ausgebracht. Landwirthschaftliche und Fabrikobjekte im Schätzungswerthe von circa 120,000 Thlr. wurden mit Beschlag belegt. In Folge davon traten am 29. September die Vertreter der hiesigen Banken mit einigen Gläubigern zusammen, um im Interesse der Gesammtgläubigerschaft die Rücknahme der Arrestlegung zu bewirken, da das Einstellen der Fabrikthätigkeit resp. das Ausbrechen des Konkurses mit großen Verlusten verknüpft gewesen wäre. Die Einsicht in die Geschäftsbilanz ergab nämlich einen nicht unbedeutenden Ueberschuß der Aktiva über die Passiva, aber erstere bestehen hauptsächlich aus Fabrik- und anderen Grundstücken, Gutsinventarien und Fabrikutensilien, würden also bei sofortiger Realisirung sehr bedeutend entwerthet werden. Es gelang die Aufhebung der Beschlagnahme dadurch, daß ein Aufsichtsrath, dem Seitens der K. Provinzial-Steuerdirektion ein Beamter beigegeben werden soll, gebildet wurde. Dieser Aufsichtsrath soll dafür Sorge tragen, daß die gewonnenen und die komtraktlich gekauften Rüben lediglich zur Herstellung von Zucker in der Fabrik verwendet werden und das gewonnene Fabrikat unter Verschluß genommen und möglich schleunig verwerthet wird. Der Erlös soll, unter laufender Bestreitung der nothwendigen Betriebsausgaben — die fälligen Hypothekenzinsen, Pächte und Kaufgelder für kontraktlich zu empfangende Rüben mit eingeschlossen — zur Berichtigung der Steuer verwandt werden. Dieser vorläufig gebildete Aufsichtsrath berief zum 10. d. eine Versammlung der Gläubiger, welche zahlreich besucht war und setzte dieselbe von Vorstehendem in Kenntniß. Würden die eigenen und gekauften Rüben (100,000 und resp. 120,000 Ctr.) zu Zucker verarbeitet, so lassen sich daraus, wie dargelegt wurde, 88,900 Thlr. Netto erzielen, wenn Ankaufspreis, Arbeiterlöhne, Unkosten, Hypothekenzinsen und Pächte rc. abgezogen werden. Der Zuckerertrag ist dabei nur zu 8 pCt. und der Verkaufspreis des Zuckers zu 10 Thlr. Ctr. gerechnet. Diese Summe wird mit Hinzurechnung des Erlöses aus den Feldfrüchten mit 17,000 Thlr. zur Deckung der vorjährigen und diesjährigen Steuer hinreichen.

(Eingesandt.)

Bei der gegenwärtig herrschenden und leider wohl noch sich steigenden Teuerung aller Lebensmittel erscheint es wünschenswerth, daß mit der größten Strenge darüber gewacht werde, daß die Hauptlebensmittel von den Verkäufern mindestens in ungeschmälertem Maße, in richtigem Gewichte und unverfälscht an die Konsumenten verabreicht werden. Die Milchverkäufer dürften insbesondere einer strengen Kontrole zu unterwerfen und die zur Stadt gebrachte Milch in Bezug auf deren Gehalt — wiederholt zu revidiren sein. Schreiber dieses hat gegenwärtig bei dem Wechsel seines Milchlieferanten leider erfahren müssen, daß er seit geraumer Zeit — durch dessen zu kleines Gemäß — sehr beeinträchtigt worden ist. — Auch wäre es sehr wünschenswerth, die früher ausgeübte polizeiliche Maßregel, durch welche eine monatliche Revision der Bäckereiverkaufsstellen ausgeübt und deren Befund durch die Polizei allmonatlich veröffentlicht wurde, — wieder eingeführt zu sehen.

Vermischtes.

Königsberg, 10. Oktober. Gestern Morgen entzündete sich in dem Keller des Hauses Ecke Windgasse, der zum Musolt'schen Lager gehört, das dort befindliche Petroleum- und Ligroine-Lager. Der Kommis Gruetzmacher ist mit einer sog. Kugellampe, welche wohl schadhaft gewesen sein mag, in demselben anwesend gewesen. Fünf Explosionen kamen nach einander vor, die eine war so stark, daß fast das ganze Musolt'sche werthvolle Galanteriewaaren-Lager durcheinander geworfen und elf Menschen mehr oder weniger erheblich beschädigt worden sind, darunter ein Ober-Feuermann, dem ein Oberschenkel ganz aufgerissen worden ist; auch Herr Gruetzmacher selbst hat erhebliche Brandwunden im Gesicht, während der Brand-Direktor Herr Schoenbeck nur mit geringen Brandwunden davongekommen ist.

Literarisches.

Braun, Geneographische Karte von Deutschland. Stuttgart 1867. Die Karte verzeichnet bei jedem Orte die geistigen Größen, Schriftsteller, Staatsmänner, Künstler, Gelehrte und Techniker, welche demselben entsprungen und giebt dadurch ein sehr anschauliches Bild von dem Antheile, den jeder Gau und jede Stadt des Vaterlandes an dem geistigen Emporkeimen und der Entwickelung deutscher Sprache und deutschen Geistes genommen. Ein alphabetisches Verzeichniß giebt bei jedem Namen an, worin er sich ausgezeichnet, Geburtsort, Geburts- und Todesjahr. Das Ganze hat uns bei seiner Durchsicht ein großes Interesse gewährt.

Erntebericht.

Aus dem Schivelbeiner Kreise, 12. Oktober. Der Ertrag an Futter (Heu und Stroh) ist im Allgemeinen reichlich, Roggen ergiebt im Erdrusch aber nur ½ Scheffel Körner pro Stiege, besser lohnen Hafer und Erbsen, Gerste ist nur mittelmäßig, oft schlecht. Sehr üppigen Wuchs zeigten dagegen die schon etwas in Mißkredit gerathenen Lupinen, die oft eine Höhe von 3—4 Fuß erreichen, namentlich zeichnete sich die vieläſtige, gelbe Lupine (lupinus luteus) vortheilhaft aus; auch Klee hat in diesem Jahre allgemein zugetragen. Kartoffel ergeben nur einen mittelmäßigen Ertrag (50—60 Scheffel pro Morgen), sind aber auf leichtem und mittlerem Boden von sehr guter Beschaffenheit, auf schwererem Boden haben sie sehr von der Krankheit gelitten. Schon jetzt beginnt die Nachfrage nach dieser uns unentbehrlich gewordenen Knollenfrucht und wurden bereits 16 Thaler und darüber pro Wispel offerirt, ein Preis, der sich im Verlaufe des Winters bald verdoppeln wird. Wenn daher die Aussichten für die Landwirthe im Allgemeinen nicht ungünstig scheinen, so kommt doch noch sehr viel auf die Witterung der Monate Oktober und November an. Noch ist ein großer Theil des Heues nicht eingebracht, und mit der Kartoffelernte konnte erst jetzt begonnen werden, voraussichtlich haben daher namentlich größere Güter noch vollauf vier Wochen zu thun, um die Ernte gänzlich zu beendigen, zumal auch die Bestellung der Wintersaat gleichzeitig bis in die gegenwärtigen Tage die Arbeitskräfte in Anspruch nimmt.

Viehmärkte.

Berlin. Am 14. Oktober c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1572 Stück. Die Zutriften waren sehr stark, Ankäufe nach den Rheinlanden waren sehr schwach, in Folge dessen die Preise sehr gedrückt waren, prima Qualität wurde mit 16—17, mittel 12—14, ordinäre 8—10 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt; es blieben bedeutende Bestände unverkauft.

An Schweinen 3425 exkl. des alten Bestandes. Der Handel war nicht lebhaft genug, um mehr als mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können; beste feine Kernwaare konnte nicht sicher 17 Thlr. per 100 Pfund Fleischgewicht erzielen.

An Schafvieh 4179 Stück. Schwere und fette Hammel wurden bei lebhaftem Verkehr zu annehmbaren Preisen aufgeräumt.

An Kälbern 592 Stück, welche zu anhaltend höheren Preisen verkauft wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 14. Oktober, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Expreß, Kofoed von Rönne. Hulda, Büsching; Liberty, Leibauer von Danzig. Maria, Hinderichs von Königsberg. Auguste, Winkler; Maria, Bartels von Memel. Jupiter, Tramborg; Hinrich, Haack; Maria, Kammerer! Johannes, Raddes von Rügenwalde. Der Blitz (SD), Parow von Memel. Marie (SD), Wills von London. Wind: SO. Revier $15\frac{5}{12}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Oktober. Witterung: schön. Temperatur + 10 ° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen etwas höher bezahlt, loco per 2125 Pfd. gelber 95—106 Rt. bez., feiner gelber 85pfd. effektiv $108\frac{1}{2}$ Rt. bez., 83—85pfd. gelber Oktbr. 105—$105\frac{3}{4}$ Rt. bez., Oktober-November 100 Rt. Br. und Gd., Frühjahr 99, $99\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., 99 Gd.

Roggen schließt höher, pr. 2000 Pfd. loco 70—76 Rt. bez., Oktober $74\frac{1}{2}$, 75 Rt. bez. u. Br., Oktober-November $72\frac{1}{2}$ Rt. Br., November-Dezember $71\frac{1}{2}$ Rt. Br., Frühj. $69\frac{3}{4}$, 70, $69\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Gerste loco per 1750 Pfd. Oderbruch 53—54 Rt. bez., schlesische 54—55 Rt. bez., mährische 56 Rt. bez., ungarische 53—54 Rt. bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34—35 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 35 Rt. Gd.

Rappkuchen loco $2\frac{1}{3}$ Rt. bez.

Petroleum loco $7\frac{3}{4}$ Rt. bez., Dezember $7\frac{11}{12}$ Rt. bez.

Rüböl schließt matter, loco $11\frac{3}{4}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Br., Oktbr. $11\frac{2}{3}$, $\frac{5}{8}$ Rt. bez., $11\frac{2}{3}$ Br., Oktober-November $11\frac{7}{12}$ Rt. bez. u. Br., November-Dezember $11\frac{1}{2}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{11}{12}$ Rt. bez., 12 Br., $11\frac{5}{6}$ Gd.

Spiritus erheblich höher, schließt matter, loco ohne Faß $25\frac{1}{2}$ Rt. bez., kurze Lieferung $25\frac{1}{2}$ Rt. bez., Oktober 25, $24\frac{1}{2}$ Rt. bez., $\frac{3}{4}$ Gd., Oktober-November $20\frac{2}{3}$, $\frac{7}{12}$ Rt. bez., November-Dezember $20\frac{1}{2}$ Rt. Br., Januar-Februar $20\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Frühjahr 21 Rt. Br.

Angemeldet: 100 Wspl. Weizen.

Regulirungspreise: Weizen $105\frac{1}{2}$, Roggen $74\frac{1}{2}$, Rüböl $11\frac{2}{3}$, Spiritus 25.

Breslau, 14. Oktober. Spiritus per 8000 Tralles $22\frac{1}{2}$. Weizen pr. Oktober 94. Roggen pr. Oktober $69\frac{3}{4}$, per Frühjahr $64\frac{3}{4}$. Rüböl pr. Oktober $11\frac{1}{12}$, per Frühj. $11\frac{5}{6}$. Raps pr. Oktober $96\frac{1}{2}$. Zink $6\frac{2}{3}$.

Hamburg, 14. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco begehrt, auf Termine $1\frac{1}{2}$ Thaler höher, pr. Oktober 5400 Pfd. netto 184 Bankothlr. Br. u. Gd., pr. Oktober-November $182\frac{1}{2}$ Br., 182 Gd. Roggen loco ruhig, auf Termine sehr beschränktes Geschäft, pr. Oktober 5000 Pfd. Brutto 134 Br., $133\frac{1}{2}$ Gd., pr. Oktober-November 131 Br., $130\frac{1}{2}$ Gd. Hafer knapp. Spiritus ruhig, 34 nom. Rüböl fest, aber stille, loco $24\frac{1}{2}$, per Oktober $24\frac{1}{2}$, per Mai $25\frac{5}{8}$. Kaffee gutes Konsumgeschäft. Zink fest gehalten.

Amsterdam, 14. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen per Oktober 296, per März 302, per Mai 297. Raps per Oktober 73, per April $76\frac{1}{2}$. Rüböl per Oktober-Dezember $39\frac{1}{4}$, per Mai $41\frac{3}{8}$.

London, 14. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 43,948, Gerste 6398, Hafer 47,258 Quarters.